

B E S C H L U S S

aus der Sitzung des Bauausschusses vom 02.06.2021

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

11. Neuaufstellung des Regionalplans Arnsberg, Räumlicher Teilplan MK-OE-SI; hier: Stellungnahme der Universitätsstadt Siegen im Rahmen der Behördenbeteiligung

Vorlage Nr. VL 346/2021

Grundsätzlich stimme er der Verwaltung zu, da der Regionalplan Fehler enthalte, allerdings gebe es auch gute Punkte, wie z.B. beim Punkt 4.3, wo man die Auffassung der Verwaltung nicht teile, so Herr J. Schulz. Die im Regionalplan enthaltenen Vorschläge zur Reduzierung emittierenden Gewerbes seien die richtigen Mittel, um wertvollen Naturraum zu schützen. Oft würden Gewerbeflächen vordergründig mit der Begründung Wirtschaftsstärke und Schaffung von Arbeitsflächen ausgewiesen, aber seitens der Grünen halte man den jetzt in Betracht gezogenen Schutz des Naturraums für richtig und unterstütze dies. Zu späterem Zeitpunkt würden die Grünen einen Änderungsantrag stellen.

Die Volt- Fraktion schließe sich den Grünen weitgehend an, im Bereich der Windenergie könne man dem Vorschlag nicht ganz folgen und werde zur Ratssitzung einen Änderungsantrag einbringen. Bis auf weiteres werde man sich enthalten, so Herr Dietrich.

Herr Cziba kritisiert, das eigentliche Planwerk sei gut gemeint, aber nicht gut umgesetzt. Die Pläne enthielten Sachstände von vor 10- 15 Jahren, wie z. B. die Flutkarten, Topografie, Krankenhäuser, Unistandorte etc. Die Wasserschutzgebiete seien willkürlich festgelegt und nähmen keinen Bezug auf die eigentliche Wassergewinnung. Er wünsche sich in Arnsberg mehr Sensibilität für aktuelles Planmaterial sowie das Anliegen der Kommune. Die Festlegung der kleinräumigen Umsetzung sei nur vor Ort möglich und könne nicht aus Arnsberg erfolgen.

In verschiedenen Gewerbegebieten gebe es Fehlnutzungen, z. B. durch Auto- oder Möbelhäuser. Es sollte mehr für produzierendes Gewerbe zur Verfügung stehen. Langfristig sollten Fehlnutzungen unterbleiben und die zur Verfügung gestellten wertvollen Naturflächen für lohn- und arbeitsintensive Gewerbe vorgesehen sein, die für die Region nachhaltig seien.

Zum Gewerbegebiet Oberschelden/ Seelbach führt Herr J. Schulz aus, der Bundesverkehrswegeplan werde „auf neue Beine“ gestellt. Insofern sei die Anbindung dieses Gewerbegebietes

tes zu überdenken. Darüber hinaus sehe man dort überhaupt keine Notwendigkeit für ein Gewerbegebiet.

Frau Krippendorf klärt auf, verständlich sei, dass der Regionalplan dem Landesentwicklungsplan folgen müsse. In den Vorgaben sei durch die Formulierung „insbesondere“ die Möglichkeit gegeben, örtlichen Anforderungen entsprechend Gewerbeflächen entwickeln zu können. Wie es in den Zielvorstellungen und Erläuterungen jedoch formuliert worden sei, seien die GIB-Flächen vorbehalten für emittierendes Gewerbe und Betriebe. Sehe man sich die Gewerbeansiedlung in den Bereichen Martinshardt und Leimbachtal an, so würden wenige Betriebe unter die Anforderung fallen. Blicke man auf die Flächen in Siegen, welche für eine saubere gewerbliche Entwicklung zur Verfügung stünden, werde man aufgrund der engen Tallage wenige Flächen feststellen. Das Wörtchen „insbesondere“ gebe auf kommunaler Ebene den Freiraum, Arbeitsplätze und Gewerbeflächen so zu konzipieren wie sie zeitgemäß seien und in die Umgebung passten. Selbst in den Gebieten Martinshardt, Leimbachtal und Martinshardt II sei man auf Bebauungsplanebene nicht frei zu agieren, da es Restriktionen wie Krankenhausstandorte und Wohngebiete gebe, die spätestens dann die Regionalplanvorgabe konterkarieren können. Solch strikte Vorgaben auf einem Maßstab von 1:50000 könnten dazu führen, dass man keine Umsetzungsmöglichkeit mehr habe. Einerseits bescheinige man einen riesigen Handlungsspielraum für Gewerbeflächenentwicklung, andererseits würden die Möglichkeiten beschnitten. Ihres Erachtens passe das nicht zusammen. Die BSN (Bereiche zum Schutz der Natur) schränken die wenigen GIB-Flächen (Bereiche für gewerbliche Nutzung und Industrie) im Hinblick auf die Bedarfsberechnung zusätzlich ein, da durch die GIB keine Beeinträchtigung auf die BSN einwirken dürften. Die Verwaltung sei der Auffassung, dies sei ein Eingriff in die kommunale Planungshoheit und nicht mit den Maßgaben vor Ort kompatibel.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt die Informationen zur Neuaufstellung des Regionalplans Arnsberg, Räumlicher Teilplan für den Märkischen Kreis und die Kreise Olpe und Siegen-Wittgenstein zur Kenntnis und beschließt die Stellungnahme der Universitätsstadt Siegen.

Beratungsergebnis: 11 Stimmen dafür, 0 dagegen, 5 Enthaltungen

Enthaltungen Linke (1), Volt (1), Die Grünen (3)

5. BA 02.06.2021